



Berlin, den 6. Mai 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Tarifverhandlungen für den Bereich Bund und Kommunen sind erfolgreich abgeschlossen worden. Das Gesamtpaket steht: 50 € Sockel, 3,1 % Erhöhung ab 1. Januar 2008. Ab dem 1. Januar 2009 eine weitere Steigerung um 2,8 %. Darüber hinaus wird im Januar 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 225 € gezahlt. Dies ist ein respektables Ergebnis, das im Tarifbereich erst mit massiven Warnstreiks durchgesetzt werden konnte.

Jetzt dringen wir auf die Nagelprobe, nämlich die gleiche Erhöhung für die Bundesbeamten. Der Bundesinnenminister und die Regierungsfractionen haben einen Gleichklang im Grundsatz zugesagt. Dies ist auch unsere Grundposition. Wir erwarten, dass das Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz zügig verabschiedet wird, denn es geht um Gerechtigkeit und auch um die Glaubwürdigkeit der Politik.

Die Glaubwürdigkeit der Politik steht auch in einem weiteren Bereich auf dem Prüfstand. Der CSU-Vorsitzende und bayerische Finanzminister Erwin Huber hat Recht, wenn er für die Arbeitnehmer fordert, mehr Netto vom Brutto in der Tasche zu behalten. Die Steuerbelastung der Arbeitnehmer hat sich durch die schleichende Progression deutlich erhöht. Die öffentlichen Haushalte haben sich Dank der über Plan liegenden Steuereinnahmen erholt, so dass mindestens eine Korrektur der Pendlerpauschale angesagt ist. Die DSTG fordert seit langem, die gesetzgeberische Fehlentscheidung zurückzunehmen und wieder ab dem ersten Kilometer die Pendlerpauschale anzusetzen.

Erwin Huber hat wiederum Recht, wenn er argumentiert, die notwendige Fahrt zur Arbeit sei etwas anderes, als eine Fahrt zum Golfplatz. Die Betroffenen fahren nicht zur „Gaudi“ zu ihrem Arbeitsplatz, sondern zum Broterwerb und zur Erzielung von Einnahmen. Es geht hier ganz klar um Werbungskosten und nicht, wie der Bundesfinanzminister sagt, um eine Subvention, die nur abgezogen wird „wie Werbungskosten“.

Erwin Huber hat auch Recht, wenn er sagt, die Politik sollte in diesem Punkt nicht auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts warten und sich zu einer Korrektur zwingen lassen, sondern jetzt politisch entscheiden. Zur Begründung für die Streichung der ersten 20 km dienten die notleidenden Haushalte. Dieser Ansatz ist heute obsolet. Die Steuereinnahmen liegen über Plan. Bei der Rücknahme geht es daher auch nicht um einen Gesichtverlust des Bundesfinanzministers, denn die Rahmenbedingungen von damals haben sich geändert, so dass er heute generös das Gesetz korrigieren könnte.

Es zeugt eher von einem Stück Ignoranz, den Bundesfinanzhof als oberstes Finanzgericht beiseite zu schieben und abfällig zu sagen: „Was interessiert mich der Beschluss aus München?“

Auch hier muss sich politische Glaubwürdigkeit beweisen.

Wir erinnern uns: unmittelbar nach dem Hamburger SPD-Parteitag war es der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, der für seine Fraktion forderte, die Pendlerpauschale wieder ab dem ersten Kilometer zu gewähren. Damals winkte Erwin Huber ab. Heute befürwortet der CSU-Politiker angesichts der besseren Kassenlage eine Korrektur. Ist die SPD etwa jetzt nur deshalb dagegen, weil die Forderung nun von Erwin Huber kommt? Für solch ein taktisches Spiel hätten die Betroffenen sicher kein Verständnis - übrigens auch nicht die Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung.

In den Finanzämtern stapeln sich Einsprüche, trotz Vorläufigkeitsvermerk. Tausende von Anträgen auf Aussetzung der Vollziehung sind zu bearbeiten. Unnötige Zusatzarbeiten sind das, die vermieden werden könnten, wenn die Politik rasch handeln würde. Der erste Schritt müsste darin bestehen, in den vorläufigen Steuerbescheiden die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer zu gewähren. Dies wäre sofort ohne Gesetzeskorrektur möglich. Als zweite vordringliche Maßnahme müsste das Einkommensteuergesetz angepasst werden. Beide Korrekturen würden von den Betroffenen honoriert, gleichgültig von welcher Partei die Idee dafür kommt. Die DSTG macht klar: Nicht mehr reden, sondern handeln!

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Dieter Ondracek

(DSTG-Bundesvorsitzender)